

Gastbeitrag

## Offizielle Migrationszahlen verzerren die Realität

Der Bund kommuniziert irreführende Angaben zu den Asylgesuchen. Er hilft damit bloss der SVP.

**Daniel Winkler**

Im Februar publizierte das Staatssekretariat für Migration (SEM) die Asylstatistik für das Jahr 2023. Demnach wurden 30'223 Asylgesuche eingereicht. Ein Plus von 23,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Für das Jahr 2024 rechnet das SEM mit einer vergleichbar hohen Zahl.

Wenn in einem Jahr von über 30'000 Asylgesuchen die Rede ist, gehen Gesellschaft und Politik davon aus, dass damit in die Schweiz Geflüchtete gemeint seien. Ein Blick in die Statistik zeigt allerdings Überraschendes: 3360 Personen sind Doppelgesuche oder Rückzüge, die abgeschrieben

wurden, aber in der Asylstatistik verblieben sind. In 5930 Fällen sind es sogenannte Sekundärgesuche. Diese umfassen Geburten in Flüchtlingsfamilien, Familiennachzüge und Mehrfachgesuche.

Geburten und Familiennachzüge belasten die Asylstrukturen nicht. Familiennachzüge verursachen keine gesellschaftlichen Kosten und sind nur dann möglich, wenn die Geflüchteten in der Schweiz keine Sozialhilfe beziehen und über genügend grossen Wohnraum verfügen. Bei den Mehrfachgesuchen ist es so, dass sich die Betroffenen bereits in der Schweiz befinden. Beispielsweise konnten im Jahr 2023

total 1800 vorläufig aufgenommene afghanische Frauen ein neues Asylgesuch stellen. In der Summe stammt knapp ein Drittel der Asylgesuche nicht direkt von in die Schweiz Geflüchteten. Interessant ist auch, dass es bei den restlichen Gesuchen um 7311 Personen mit Nichteintretensentscheiden geht, sogenannte Dublin-Fälle, die in kurzer Zeit ins europäische Erstaufnahmeland zurückgeführt werden. In Sachen Rückschaffungen ist die Schweiz in Europa führend.

Im Jahr 2023 erhielten nach Abschluss des Asylverfahrens effektiv bloss 3315 Asylsuchende einen Negativentscheid. Das SEM täte gut daran, all

diese Zahlen im öffentlichen Diskurs plausibler zu kommunizieren, um Missverständnissen und falschen Schlussfolgerungen vorzubeugen. Der von vielen Medien benützte Begriff der illegalen Migration gehört dazu. Der Terminus ist unpräzise und hält, wie die obigen Zahlen zeigen, der Realität nicht stand.

Zugleich werden Geflüchtete kriminalisiert: Von delinquenten Einzelfällen wird – pars pro toto – auf das Allgemeine geschlossen. Ein billiges Spiel auf dem Rücken vulnerabler Menschen. Die grosse Flüchtlingskrise und das im vergangenen Jahr ständig behauptete Asylchaos sind

zumindest in der Schweiz nie eingetreten. «Lerne klagen, ohne zu leiden»: eine Schweizer Spezialität?

Viele Menschen denken heute beim Wort Migration irrtümlicherweise zuerst an Geflüchtete, obwohl das grösste Stück des Migrationskuchens die Arbeitsmigration betrifft. Im Jahr 2023 umfasste sie 98'851 Menschen (Nettozuwanderung), was die Asylumigration um das Vierfache übersteigt. Hauptgrund für den Zuwachs von ausländischen Arbeitskräften ist die grosse Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt. Die einfache Formel lautet: Wer Wirtschaftswachstum will, braucht Arbeitskräfte.

Wer nun eine Begrenzung der Migration fordert, muss konsequenterweise bereit sein, Einbussen bei Prosperität und Wohlstand in Kauf zu nehmen.

Migration ist kein Damoklesschwert, wie vielfach insinuiert wird, sondern zuerst einmal ein Bedürfnis unserer Wirtschaft. Die Stigmatisierung von Geflüchteten als Illegale, Wirtschaftsflüchtlinge oder Kriminelle ist falsch und ungerecht. Es sind verletzte Menschen, die wie alle Menschen auf respektvollen und sorgfältigen Umgang angewiesen sind.

Daniel Winkler ist reformierter Pfarrer in Riggisberg BE.